

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/91

15. Mai 1972

Ein klares Ja zu den Ostverträgen

Ein Zurück darf es nicht geben

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Nicht nur ein Familientreffen

Der Besuch Willy Brandts galt dem größeren
Europa

Von Jochen Schulz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Soldatenhaar

Zum Haar- und Barterlaß des Bundesvertei-
digungsministeriums

Seite 5 / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Bürger unterstützen die Ostpolitik der
Bundesregierung

Seite 6 und 7 / 55 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein klares Ja zu den Ostverträgen

Ein Zurück darf es nicht geben

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin

In diesen Tagen und Wochen erleben wir ein parlamentarisches Ringen im Deutschen Bundestag, wie wir es in dieser Form noch nicht kennengelernt haben. Es geht um eine der ganz großen außenpolitischen Fragen unseres Landes. Noch immer ist die Entscheidung über diese seit der Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westlichen Gemeinschaften wohl schwerwiegendsten Verträge nicht gefallen.

Es ist deshalb wichtig, in der von der Opposition erbetenen letzten Denkpause noch einmal so ruhig und so nüchtern wie nur möglich Bilanz zu ziehen. Bei sachlicher Betrachtung wird man feststellen müssen, daß heute, einunddreiviertel Jahr nach Paraphierung des Moskauer Vertrages, die internationale Entwicklung der Ost-West-Beziehungen so weit vorangeschritten ist, daß es ein Zurück hinter die Verträge von Moskau und Warschau einfach nicht mehr geben darf. Niemand in der Welt - und auch unsere Verbündeten nicht - hätte noch Verständnis dafür, daß die Bundesrepublik der Lage, wie sie aus der internationalen Konstellation der Kräfteverhältnisse erwachsen ist, nicht Rechnung trägt.

Wir müssen uns auch fragen: Was würde für uns, was würde für die Menschen in den beiden deutschen Staaten erreicht? Da ist an erster Stelle zu nennen: Die Kontaktmöglichkeiten der Menschen zueinander auf beiden Seiten der Grenze sind ganz erheblich ausgebaut worden. Der Postverkehr wird merklich verbessert, die Zahl der Telefonkabel wird weiter erhöht. Etwa eine Million Menschen haben allein in Berlin von den neugeschaffenen Besuchsmöglichkeiten bei ihren Freunden und Verwandten jenseits der Mauer während der Oster- und Pfingstfeiertage Gebrauch gemacht oder werden noch Gebrauch davon machen. Die lebensnotwendigen Bindungen Berlins an den Bund werden schon vor Inkrafttreten der Abkommen von keiner Seite mehr in Frage gestellt. Auf den Transitwegen zu Land hat sich der Pkw-Verkehr seit Anfang dieses Jahres ganz erheblich gesteigert. Die Berliner Wirtschaft baut bereits jetzt fest auf die positiven Auswirkungen des Berlin-Abkommens, das, wie jedermann weiß, nur in Kraft treten wird, wenn der Bundestag die Ostverträge ratifiziert.

Außerdem konnte in diesen Tagen ein Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik paraphiert werden, der den wichtigen Vereinbarungen, die das Leben der Menschen in beiden Teilen Deutschlands erleichtert, eine weitere hinzufügt. Die Regelung offener Fragen zwischen der Bundesrepublik und der DDR schafft nicht nur zusätzliche Sicherheit, sondern ist Ausgangspunkt für weitere Erleichterungen, die

den Reiseverkehr in beiden Richtungen betreffen. Für uns in Berlin ist der Verkehrsvertrag zusätzlich durch die Einbeziehung unserer Stadt ein Beweis für das Wirksamwerden des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin mit seiner Anerkennung unserer Bindungen an die Bundesrepublik.

Unsere Bindungen an den Bund werden auch dadurch bestätigt, daß Berlin erstmals in ein Vertragswerk zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, das Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, ausdrücklich einbezogen werden konnte.

Diese Aufzählung ist das Ergebnis zäher politischer Bemühungen, wie es nur von wenigen für möglich gehalten wurde. Die Tatsache, daß solche Möglichkeiten, die vor wenigen Jahren noch als Sensation gewirkt hätten, nunmehr schon fast selbstverständlich werden, zeigt uns, wie sehr wir uns alle schon in dieser politischen Entwicklung eingerichtet haben. Sie dient den Menschen, sie bewirkt mehr Menschlichkeit, sie macht den Alltag normaler und den Frieden sicherer.

Mit der Ratifizierung der Ostverträge müssen die gewählten Vertreter unseres Volkes mit der breiten Mehrheit, wie sie auch von der Bevölkerung, und nicht zu vergessen, vor allem auch von den nicht stimmberechtigten Berlinern gewünscht wird, Ja sagen zu dem bisherigen Stand der internationalen und der innerdeutschen Entwicklung.

Es wäre ein überaus schmerzlicher Prozeß, die Uhren anhalten und den Entwicklungsprozeß der letzten Jahre zurückdrehen zu wollen. Wir müssen uns alle restlos darüber im Klaren sein, daß es dann nicht nur ein Zurück zum alten Zustand, sondern einen Rückfall in eine Zeit vor diesem Entspannungsprozeß geben würde.

Die Opposition hat weit über alle bisher geübte Praxis hinaus jede Entscheidungshilfe bekommen, die sie in dieser bedeutenden Angelegenheit benötigte. Nicht nur die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist dabei bis an die äußerste Grenze des für sie Vertretbaren gegangen. Berlin, die Bundesrepublik Deutschland, die Völker Europas in Ost und West erwarten jetzt ein klares Ja zu den Ostverträgen.
(-/ex/15.5.1972/ks)

Nicht nur ein Familientreffen

Der Besuch Willy Brandts galt dem größeren Europa

Von Jochen Schulz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Für die Vertreter der dänischen Minderheit in Flensburg bildet der vergangene Samstag sicherlich einen Höhepunkt ihrer politischen Arbeit seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges: Der deutsche und der dänische Regierungschef betraten Seite an Seite den für ihren Empfang hergerichteten Raum im "Deutschen Haus" zu Flensburg. Jens Otto Krag und Willy Brandt sprachen warmherzige Worte über das nachbarliche Verhältnis der beiden Völker zueinander und über die Europäische Gemeinschaft. Nichts als diese schlichte Tatsachenbeschreibung ist wohl mehr geeignet, die Wandlung des Klimas im europäischen Norden zu beschreiben, die sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten vollzogen hat.

So harmonisch wie der Tag begann, verlief er bis zum späten Abend. Die Begegnung mit der dänischen Minderheit in Flensburg war der Auftakt zu einem Treffen deutscher und dänischer Sozialdemokraten auf dem Boden der Bundesrepublik, das sich auf dänischem Boden - in Apenrade - fortsetzte und dort seinen Abschluß fand. Auf dem Programm standen nach einer SPD-Kundgebung in Flensburg mit Krag und Brandt ein Treffen mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger in deren, von Herbert Wehner vor einigen Jahren eingeweihten Büchereizentrale, eine Pressekonferenz und Öffentliche Kundgebung sowie am späten Abend ein Mitgliedertreffen der dänischen Sozialdemokraten in Apenrade. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend bildeten die beiden Regierungschefs ein gut gekoppeltes, zugkräftiges Gespann.

Bei einem Besuch Willy Brandts in Dänemark hat sich erwiesen, daß die europäische Idee mehr Kraft hat, als ihr nach Jahren des ermüdenden Feilschens um Kontingente und Preistabellen von vielen noch zugetraut worden ist. Nicht der äußere Eindruck des Tages-

Beobachters, sondern fundierte Hinweise von deutschen und dänischen Beobachtern an Ort und Stelle lassen die Prognose zu, daß es Krag's vorsichtige und sehr sachbezogene Behandlung der Frage des dänischen EWG-Beitritts ist, die jetzt offenbar einen erkennbaren Stimmungsumschwung im dänischen Volk zugunsten des EWG-Beitritts herbeiführt.

Mit Sicherheit wird auch der Besuch des in Dänemark wegen seiner Friedenspolitik nicht nur populären, sondern buchstäblich verehrten deutschen Kanzlers zu diesem öffentlichen Meinungstrend in unserem nördlichen Nachbarland beitragen, obwohl er sich korrekterweise jeder Meinungsäußerung enthielt, die als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes hätte ausgelegt werden können. Das dänische Volk befürwortet - über die Parteiorientierungen hinweg - die Verträge der Bundesregierung mit Moskau und Warschau. Krag, diesem Gefühl seiner Landsleute Ausdruck verleihend, sagte, sie lägen im Interesse seines Landes, Skandinaviens und des gesamten Westens.

Sein deutscher Gast sprach vor dem dänischen Publikum mehr über die europäischen Dinge. Vor beiden Minderheitenvertretungen sagte er übrigens, daß gerade sie besonders für den Brückenschlag geeignet seien, der die Völker Europas verbinden soll; denn nicht "Schmelzliegel" nach amerikanischem Muster oder gar undefinierbarer Eintopf seien das Ziel, wenn von Europa die Rede sei. Vielmehr werde es gerade als Bündelung der verschiedenen Nationen und ihrer Eigenarten zu einem festen und kraftvollen Völkerverbund zusammenwachsen.

Das, was von seinen Initiatoren zunächst mehr als eine Art sozialdemokratischem Familientreffen angelegt gewesen sein mag, gewann unversehens - die Reaktionen des dänischen Publikums und der Presse des Landes beweisen es - eine weit größere, die Gesamtheit beider Völker umfassende Dimension im Blick auf das nächstherrückende Ziel: Das größere Europa! (-/ex/15.5.1972/ml)

+ + +

Soldatenhaar

Zum Haar- und Barterlaß des Bundesverteidigungsministeriums

"Spielraum" zwischen individuellen modischen Wünschen und den Erfordernissen der Hygiene und der Funktionsfähigkeit läßt der neue Erlaß des Bundesministeriums der Verteidigung über die Haar- und Barttracht, nach dem Soldatenhaar weder Uniform- noch Hemdkragen berühren, Ohren oder Augen bedecken darf und am Kopf anliegen muß. Just in diesem Spielraum haben sich Protest-Individualisten und Militär-Ideologen gegenübergestellt - seit es den Kampf um's Soldatenhaar gibt. Da beide zähe Typen sind, wird man auch in Zukunft dieses Kampfspiels nicht vollends entzweit sein müssen. Sei's drum!

Dennoch: der neue Erlaß ist ein weiteres Beispiel eines unter der Leitung Helmut Schmidts sichtbar praktizierten pragmatischen Führungsstils der Bundeswehrführung. Der Erlaß entspricht außerdem dem liberalen Geist der Wehrgesetze, mit denen der Deutsche Bundestag Mitte der fünfziger Jahre das Konzept des Staatsbürgers in Uniform "erfunden" hat, das heute auf andere Armeen eine beachtliche Modellwirkung ausübt und das sich so zusammenfassen läßt: Auch in militärischen Leben soll der individuelle Freiheitsraum des Soldaten so groß wie möglich sein, er soll nur so weit eingeschränkt werden, wie dies zur Erfüllung des Auftrages notwendig ist. Demotivierend war auch nach bisheriger Regelung jeder Soldat frei, Haar und Bart wachsen zu lassen, wie es ihm - oder ihr - gefiel. Viele aber, die ihrem Haar freiem Wuchs nach freiem Willen ließen, waren nicht imstande oder willens, zugleich auch die Bedingungen des Erlasses vom Februar 1971 zu erfüllen, langes Haar sauber und gepflegt zu halten. Funktionsfähigkeit und Sicherheit verbürgte das Haarnetz. Medizinische Gutachter indessen befanden, daß die durch's Netz zu erreichende Funktionsfähigkeit und Sicherheit am Arbeitsplatz des Soldaten nur auf Kosten der Hygiene zu haben war. Das Urteil der Ärzte mußte daher das "Aus" für ein Haarnetz bedeuten, das in seinem kurzen Kampf im Bundeswehr-Ring schon nach wenigen Runden eine beachtliche weltweite Publizität erzielt hatte. Aus war damit auch der Traum von Protest- und Modellängen, mit denen Forderungen von Funktion, Sicherheit und Hygiene nicht zu erfüllen waren.

Aus einem Jahr Erfahrung zog die Bundeswehrführung Lehren und Konsequenzen. Die German Hair Force wird auch mit Haaren bis zum Kragen ihren Auftrag erfüllen. Mag der Streit zwischen ideologischen Wirtsköpfen und verstorbenen Kahlköpfen weitergehen. Für Scharfmacher auf beiden Seiten der Haarfront sind jedenfalls die Chancen gleichermaßen gesunken.

Peter Kommer
(-/ex/15.5.1972/ks)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Bürger unterstützen die Ostpolitik der Bundesregierung

Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine Bundesregierung bei einer Entscheidung so nachhaltig von einer Vielzahl von Bürgern unterstützt wie gegenwärtig. Ständig wuchs in den letzten Wochen die Zahl der Erklärungen, Anzeigen, Offenen Briefe, Unterschriftenaktionen und Interviews, in denen Gruppen und einzelne Persönlichkeiten die Bemühungen der Bundesregierung um Entspannung und Aussöhnung mit dem Osten begrüßten und zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau aufriefen.

Nachfolgend die uns bekannt gewordenen Initiativen in chronologischer Reihenfolge:

- 315 evangelische Gemeindemitglieder und Pfarrer aus verschiedenen Landeskirchen
- Über 300 evangelische Pfarrer aus Württemberg
- die Katholische Deutsche Studenten-Einigung (KBSE)
- Der Atomphysiker und Philosoph Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker
- 25 prominente Laien und Theologen aus dem Bereich der evangelischen Kirche, darunter acht Bischöfe, der amtierende Präsident des Evangelischen Kirchentages und der Präses der Synode der EKD
- der Jugendpolitische Kongreß des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR)
- Pax Christi Arbeitskreis im Dekanat Königstein
- Zehn katholische Professoren, darunter Walter Dirks, Eugen Kogon, Peter Lengsfeld
- 140 Hochschullehrer aus Baden-Württemberg
- Landesbischof a.D. Dr. D. Hanns Lilje

- die Vertreterversammlung der evangelischen Akademikerschaft
 - über 300 evangelische Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter aus Westberlin
 - die Jugendausschüsse der IG Metall und der IG Chemie
 - 203 Historiker und Politologen
 - "Initiativkomitee Berlin und die Ostverträge", darunter Albrecht Dürren, Golo Mann, Alexander Mitscherlich, Oswald v. Nell-Breuning
 - der Bensberger Kreis
 - 520 Bürger aus dem Ruhrgebiet (Anzeige in der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung")
 - 40 Wissenschaftler der "Messischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung"
 - der Internationale Rat der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi
 - die deutsche Sektion von Pax Christi
 - 44.000 Unterschriften, gesammelt vom DCB-Kreis Kassel
 - 54.000 Unterschriften, gesammelt vom DGB und SPD-Unterbezirk München
 - 157 evangelische Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter der evangelischen Landeskirche Baden
 - 14 prominente deutsche Professoren, darunter die Nobelpreisträger Adolf Butenandt, Werner Forssmann, Werner Heisenberg, Rudolf Mößbauer
 - eine Gruppe von Patres aus dem Dominikaner-Kloster Walberberg.
- Darüber hinaus haben viele Bürger in Einzelzuschriften die Politik Killy Brandts begrüßt. Allein im Bundeskanzleramt kamen Tausende von Briefen und Telegrammen an. (hb/ex/15.5.1972/ml)